

Pofener Zeitung.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Ministerrath über d. Oesterr. Anträge; Festhalten an d. Union; d. König von Sachsen in Sanssouci; Stimmung in Dresden in Folge angesagter Oesterr. Einquartierung; Vorbereit. zu d. Gemeinderathswahlen; Constablerverfchwörung; d. Dan. Forderungen für d. Separatfrieden; Ortsstatuten für d. verschied. Gewerke; neue Ausschichten in d. Bundes-Verfass.-Angeleg.); Potsdam (Feier d. Geburtst. d. Prinz Karl; Parade vor d. König); Breslau (Schwurgerichtsverh.; Preßproz. gegen d. Redakteur d. Silesia; Bezirks-Wohlthätigkeitsvereine); Rastow (d. Kirchmann'sche Untersuchung); Königsberg; Aus dem Osnabrückischen (Riesenprozeß); Schwerin (Preßgesetz); Stuttgart (Rücktritt d. Minist.).

Oesterreich. Wien (Cholera).
Frankreich. Paris (Bedeau Kandidat für d. Präsidentschaft der Nat.-Vers.; social. Excesse; Schlappé d. Minist.; Ration.-Vers.; fort-dauernde Spannung der beiden höchsten Gewalten).

England. London (d. Attentat auf d. Königin; fernere Debatte über d. auswärt. Politik d. Minist.).

Italien. Rom (Räuber-Heer in d. Romagna; Errichtung einer Nationalbank).

Griechenland Athen (Rundreise d. Königs; Stimmung; Defizit).
Locales. Pofen; Ostrowo; Aus d. Schrimmer Kr.
Musterung poln. Zeitungen.
Anzeigen.

Sanssouci, den 2. Juli. Se. Majestät der König von Sachsen sind auf Schloß Sanssouci eingetroffen.

Berlin, den 4. Juli. Der bisherige Appellationsgerichts-Referendarius Zeigmeier zu Königsberg ist zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgerichte zu Marggrabowna, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und der Appellationsgerichts-Referendarius Kampf zu Lobens zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgerichte zu Karthaus in Westpreußen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Karthaus, ernannt worden.

Der Königlich Sicilianische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Graf v. Grifeo, ist von Wien hier angekommen.

Deutschland.

○ Berlin, den 2. Juli. Oestern wurde in Sanssouci ein Ministerrath abgehalten, in welchem höchst wichtige Beschlüsse gefaßt wurden: 1) auf den Antrag Oesterreichs für die Suspension der Union auf seine Ansprüche beim Frankfurter Congreß (Präsidialrecht und Plenum) zu verzichten, nicht einzugehen, sondern die Union aufrecht zu erhalten und fortzubilden; 2) eine energische Aufforderung an die schwanke Unionenregierungen zu erlassen, daß sie sich über ihr Verhältniß zur Union definitiv zu erklären hätten. Die Aufforderung hat zum Zweck, namentlich die beiden Hessen zu einer bestimmten Erklärung zu nöthigen, vermöge welcher sie, wenn sie bejahend ausfiele, an die Union gebunden wären. Preußen hat es fass, sich mit Phrasen abspießen zu lassen, und will wissen, ob es Unionsgenosse hat oder nicht. Ein dritter Beschluß, wonach vor der Hand das Provisorium verlängert werden soll, wurde auf den motivirten Antrag des Herrn v. Radowiz gefaßt, welcher von dem Definitivum deswegen abrieth, weil bei diesem der Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten mehr Schwierigkeiten haben würde.

Der nächste Zweck des Besuchs des Königs von Sachsen in Sanssouci ist, dem König von Preußen zu seiner Genesung Glück zu wünschen. Man kann sich aber wohl denken, daß derselbe auch eine politische Bedeutung hat, und die Freunde der Union schöpfen daraus gute Hoffnung für den vielleicht nicht mehr fernem Anschluß Sachsens an die Union.

Die Friedensverhandlungen mit Dänemark haben gestern noch nicht zum Abschluß geführt und sind heute fortgesetzt worden. Ein Hauptstreitpunkt ist die gesetzliche Autorität in den Herzogthümern. Im Ganzen scheint sich Dänemark doch nachgiebiger zu zeigen, als man nach der unlängst abgegebenen Erklärung erwarten konnte.

Von der Stadt Berlin soll bekanntlich eine Adresse an den König gerichtet und demselben durch eine große Deputation von mehr als 100 Mitgliedern überreicht werden. Die Adresse soll eine Demonstration gegen die Stadtverordneten und ihre eigenthümliche Adresse bei Gelegenheit des Attentats sein.

○ Berlin, den 2. Juli. Lange ist kein Tag so fruchtbarer Neuigkeiten gewesen, als der gestrige. Die Nachrichten, welche zur Kenntniß des Publicums gelangten, waren pikant und erregten ein ganz besonderes Aufsehen. — Man wollte nämlich wissen, der König von Sachsen sei auf Schloß Sanssouci eingetroffen; in Dresden sei österr. Einquartierung angemeldet, die Bewohner jedoch weigerten sich, diese aufzunehmen und hätten einmüthig beschlossen, im Falle daß österr. Truppen einrücken sollten, sofort den Beistand des Königs von Preußen anzurufen und ihn zu bitten, vom Lande Besitz zu nehmen. — Ein Brief, der gestern einem hiesigen, mir bekannten Kaufmann von seinem Sohne aus Dresden zugeht, bestätigt nicht nur diese preußenfreundliche Stimmung, sondern es wird auch darin ausgesprochen, daß die Sachsen sich seither, den Schritten der Regierung gegenüber, würdevoll benommen und sich in Alles gefügt hätten; die Zustimmung aber, Oesterreich aufzunehmen und zu beherbergen, hätte sie so erbittert, daß sie zum Aeußersten bereit und entschlossen wären. — Ebenso geschieht darin des Umstandes Erwähnung, daß in Dresden und Leipzig die preussische Kohle sehr stark getragen werde, häufiger vielleicht wie in Berlin (?) — Ferner war gestern die Nachricht allgemein verbreitet, daß der Separatfriede zwischen Dänemark und Preußen geschlossen sei.

Während die Demokratie alle möglichen Anstrengungen macht, um die Gemeinderaths-Wahlen in ihrem Sinne zu betreiben, entwickelt auch die conservative Partei, durchdrungen von der Wichtigkeit dieses Instituts, eine außerordentliche Thätigkeit und der Wahlverein hat die Sache energisch in die Hand genommen. — Die Bezirks-Vertrauensmänner halten häufige Beratungen und unterziehen sich ihrer aller-

dings schwierigen Aufgabe, ein Einverständnis herbeizuführen, mit anerkennenswerther Ausdauer. — Hat man nur erst eine Einigung erreicht, d. h., hat man die verschiedenen Bezirke, welche einen Wahlkörper bilden, mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß eine Vertretung, wie wir sie seither in jedem Bezirke durch die Stadtverordneten gehabt, nach der neuen Gemeinde-Ordnung nicht zulässig ist, und daß es uns jetzt nur darauf ankommen muß, Männer unserer Partei, — ganz abgesehen von dem Bezirke, dem sie angehören, in den Gemeinderath zu bringen, — dann glaubt man auch, siegreich aus der Wahlschlacht hervorzugehen und für die Haupt- und Residenzstadt Berlin eine würdige Vertretung zu erhalten. —

Dem Vernehmen nach findet die Wahl zum Gemeinderath Mitte August statt. Von vielen Seiten ist der Magistrat angegangen worden, eine Verlegung des Termins zu veranlassen, weil in dieser Zeit gerade ein nicht unbedeutender Theil von Gemeindegewählern sich auf Reisen in Bädern befindet; es scheint jedoch nicht, daß diese Behörde sich damit einverstanden erklären werde, schon deshalb nicht, weil der Minister von Mantuffel ihr aufgegeben hat, die Sache möglichst zu beschleunigen. Außerdem soll dem Magistrat aber selber daran gelegen sein, daß der Gemeinderath so bald wie möglich in Funktion trete, damit ihm zur Deckung des Deficits von 340,000 Thlrn. noch Zeit bleibt, in diesem Jahre eine Steuer auszusprechen und diese gleichzeitig einzuziehen. — Ob der Wahl- und Hilfsverein, der von hiesigen Vereinen beauftragt ist, bei dem Minister v. Mantuffel eine Verlegung der Wahlen nachzusuchen, diese erreichen wird, steht dahin. — Man hat in Erfahrung gebracht, daß die Demokratie alle Hebel ansetzen wird, um Konfusion in die conservative Partei zu bringen und so ihre Candidaten durchzusetzen.

○ Berlin, den 2. Juli. Es hatte sich das Gerücht von einer Constablerverfchwörung verbreitet. Die Wächter der öffentlichen Sicherheit, unzufrieden mit der neuen Anordnung, von jetzt an sechsund-dreißig Stunden hintereinander Dienst zu thun, sollten sich nämlich verabreden haben, ihre Funktionen einzustellen oder ihre Posten aufzugeben. Dies augenscheinlich wahnsinnige Gerücht fand doch bei vielen Leuten so starken Glauben, daß die Constabler an den Straßen-ecken mit mehr als gewöhnlicher Neugier betrachtet wurden. — Eine merkwürdige Proceur wird gegenwärtig hier vorgenommen. Man fängt nämlich von Polizeiwegen unter ärztlicher Assistenz alle Individuen ein, von denen es bekannt ist, daß sie an Verstandesabwesenheit oder temporärem Wahnsinn leiden.

○ Berlin, den 2. Juli. (B. N.) Die Präntensionen Dänemarks bei den Vorschlägen für den Separatfriedensschluß mit Preußen werden in den dänischen officiösen Organen aufrecht erhalten. Der Separatfriedensschluß findet schon im zweiten Abzuge des Artikels II. der Bundesacte und im 48. Artikel der Schlußacte seine fast unübersteiglichen Hindernisse, weil kein Bundesglied, bei einmal erklärtem Bundeskriege, einseitig Frieden schließen darf. Und dies gehört zum inneren materiellen Rechte des Bundes, nicht etwa zur aufgehobenen Bundesverfassungs-Organisation. Wenn nun auch Oesterreich hierbei geltend macht, daß der Krieg nur ein Exekutionsverfahren des Bundes gewesen sei, so ist doch die Exekution noch nicht durch Unterwerfung des erequirten Bundesgliedes (nämlich des Herzogs von Holstein) beendet worden. Dänemark hat ferner Preußen und Norddeutschland überhaupt zur See angegriffen, und der Art. 36. der Schlußacte schreibt vor, daß in solchem Falle der gesammte Bund für kriegerisch verlegt gilt. Daher ist Oesterreich durch das Belassen seines Gesandten in Kopenhagen ebenso thatsächlich aus dem deutschen Bunde ausgetreten, als dies hypothetisch durch den Centralstaat vom 4. März geschehen ist. Ferner geht hieraus hervor, daß der Kriegszustand zwischen dem Gesammtebunde und Dänemark fort dauert, und daß also das einzelne Bundesglied keinen Separatfrieden schließen kann. Weiter verlangt Dänemark unbedingt, daß ihm nach jenem (im Bundesrechte versagten) Separatfriedensschlusse der Angriff Holsteins seawärts wie landwärts freistehen müsse, ja daß es überhaupt zur Bekämpfung der beiden Herzogthümer fremde Hülfen herbeirufen dürfe. Natürlich konnte Preußen diese Bedingungen nicht bewilligen, weil sie über den einfachen Separatfrieden hinaus in das Bundesverhältniß eingreifen, weil Preußen ferner schon als Bundesglied wie jedes andere, nicht Bundesland angreifen lassen, noch weniger einen Angriff verabreden oder sanctioniren durfte — und weil es endlich, als speciell vom Bunde mit den Friedensunterhandlungen beauftragt, noch ganz besonders dringende Pflichten hat, den Friedenszustand des Bundes, und vorzüglich desjenigen Bundeslandes nicht selbst verletzen zu helfen, um dessen Schutz und Rechte sich die gesammten Unterhandlungen bewegen. Auch durch die Vorstellung suchte Dänemark auf Preußen hiebei einzuwirken, daß Holstein sich gegen seinen Souverän auflehne, nach Bundesrecht aber (in Folge der Artikel 25. und 26. der Schlußacte) das aufrührerische Land durch Bundeshülfe zu unterwerfen sei, wenn die eigene Obrigkeit dies nicht zu thun vermöge. Dieser Gründe willen müsse also Preußen mindestens, nach den geheimen Artikeln der Waffenstillstands-Convention, den Schutz für Holstein zurückziehen und den Dänen, sammt deren Freunden, freie Hand gegen Holstein lassen. Aber der Bund hat die Bundes-Exekution nicht gegen Holstein geschickt, sondern gegen den dänischen Angriff des Königs-Herzogs auf Holstein; Holstein hat der Bundes-Exekution hiebei namhaft und aufopfernd geholfen; es ist nicht im Stande des Aufruhrs, sondern steht unter der vom Bunde anerkannten provisorischen Verwaltung der Staatshalterschaft. Und somit passen alle diese dänischen Winkelzüge, Seitensprüche und gehäufsten, dem Bundesrechte schnurstracks zuwider laufenden Forderungen und Vorschläge an keinem Punkte.

○ Berlin, den 3. Juli. (Berl. N.) In der heutigen, weiteren Bundes-Verfassungs-Angelegenheit einigen sich jetzt mancherlei Vorschläge von mehreren Seiten auf die zwei Punkte hin, daß ein Staaten-Kollegium durch die Bevollmächtigten aller deutschen Staaten als gesetzgebende, beschließende Behörde gebildet werden möge. Daneben eine Exekutivbehörde aus einem Bevollmächtigten Preußens und einem

Bevollmächtigten Oesterreichs. Beide Staaten sollen aber nur im Staaten-Kollegium eine mitbeschließende Stimme führen, wogegen die Exekutiv-Behörde diesem Kollegium unbedingt folgsam sein soll. Von materiellen Rechtsverhältnissen in Deutschland ist diesem Vorschlage noch nichts hinzugefügt. — Das „Correspondenz-Bureau“ enthält, wie es sagt, aus glaubhafter und unterrichteter Quelle, folgende Mittheilung: Die hier stattgehabten Beratungen, welche die deutsche Angelegenheit, vorzugsweise aber eine Verständigung zwischen Wien und Berlin herbeiführen sollten, haben ein bestimmtes Resultat bis jetzt nicht gehabt. Oesterreich suchte Preußens Aufmerksamkeit auf ein Prorektorat im nördlichen Deutschland hinzuweisen, und verlangte positiv als Hauptbasis der Verständigung kein Weitergehen in Unions-Angelegenheiten. Wollte Preußen hierauf eingehen, so giebt man unter der Hand zu verstehen, daß Oesterreich dem Abschluß von Militair- und anderen Konventionen aller Art mit den kleineren norddeutschen Staaten nichts in den Weg legen werde, und daß es sofort bereit sein werde, für die Bundes-Angelegenheiten, mit Umgehung der jetzt in Frankfurt in Aussicht stehenden Beschlüsse, ein Interim mit zu begründen, in welchem provisorisch Preußen und Oesterreich allein stimmführend die Bundes-Angelegenheiten verwalten. Man hat pure auf diese Propositionen einzugehen, sich Seitens Preußens nicht bereit erklärt. Rückäußerungen und Modifikationen werden von Wien aus noch erwartet. Was das Vorgehen mit der Union betrifft, so ist man hier sehr zweifelhaft, ob man im gegenwärtigen Augenblicke bei einer Einberufung des Parlaments mit Vorschlägen zur definitiven Gestaltung der Union auftreten soll, oder ob man, in Rücksicht auf den Abfall der beiden Hessen, Vorlagen einzubringen hätte, die Modifikationen einiger Punkte und Verhältnisse in der Unionsverfassung beantragten. — Von anderer Seite wird demselben Blatte die Nachricht, daß vorgestern im Ministerrath beschlossen sei, vorläufig von der definitiven Gestaltung der Union abzusehen. Hr. v. Radowiz soll sich gegen die definitive Einführung für jetzt ausgesprochen haben, und Hr. v. Mantuffel, bei Vertheidigung der gegentheiligen Ansicht, überstimmt worden sein. — Die Mittheilung mehrerer Blätter, daß der direkte Vortrag des Polizei-Präsidenten von Berlin bei Sr. Majestät erst nach dem März 1848 eingeführt worden sei, ist unrichtig. Auch Hr. v. Minutoli erstattete bereits vor dem März direkt an Se. Maj. Bericht. — Se. Maj. der König von Sachsen ist gestern mit dem Zuge um 1¹/₂ Uhr aus Dresden hier eingetroffen, und sogleich nach Schloß Sanssouci weiter gefahren. In der Begleitung Sr. Maj. befindet sich nur ein Offizier. — In der gestrigen Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums wurde zunächst Seitens des Vorsitzenden angezeigt, daß die Vorlage wegen der in Folge des bevorstehenden Ablaufs des Provisoriums zu ergreifenden Maßregeln, in der nächsten Sitzung erfolgen werde. Hierauf wurden, in Ausführung der in früheren Sitzungen gefaßten Beschlüsse Seitens mehrerer Regierungen, die in deren Staaten geltenden Wahlgeseze und Bestimmungen über die Rechtskraft von Erkenntnissen auswärtiger Gerichte mitgetheilt. Den Schluß der Sitzung machte ein ausführlicher Bericht des politischen Ausschusses über die zu erlassende Antwort auf die l. sächsische Erklärung vom 25. Mai d. J., den Austritt Sachsens aus der Union betreffend, so wie auf die Erlasse derselben Regierung, bezüglich ihrer Renitenz gegen das Bundeschiedsgericht. — Die Warschauer Konferenz beginnt ihre Früchte zu tragen, und zwar nach dem entschieden erklärten Wunsch des Kaisers von Rußland, im Sinne des Friedens und der gegenseitigen Verständigung. Wir überlassen andern Blättern, sich mit den bei einigen dortigen Rencontres gefallenen Worten zu beschäftigen, und halten uns nur an das Hauptergebnis: Rußland wollte den Frieden des Continents dauernd besiegelt sehen, und nicht gestatten, daß er um untergeordneter Fragen willen, namentlich nicht wegen der Rivalität einzelner Mächte, gebrochen oder gefährdet würde, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ein ausbrechender deutscher Krieg unmittelbar einen europäischen nach sich ziehen müßte, der dann die unendlichen Bemühungen der Diplomatie, zur Begründung eines festen Zustandes in Europa, mit einem Schlage wieder vernichten würde. Sollte unter diesen Umständen wohl Deutschland ein besonderes Interesse haben, sich gegenseitig im Bruderkampfe zu zerfleischen, und seiner besten und vielleicht letzten Kräfte zu berauben? Wer wagt dies zu behaupten? So sind denn die deutschen Angelegenheiten in Warschau im Sinne des Continentsfriedens und der allgemeinen Sicherstellung der europäischen Zustände besprochen und vertreten worden, und gewinnen dort auch allerdings ein anderes Licht, als wenn man sie allein in der untergeordneten Stellung der Union behandelt; Preußen ist dort auch nicht als Haupt der Union, sondern als europäische Großmacht erschienen. Dieselben Gesichtspunkte sind denn auch in dem vielbesprochenen Ministerrath von vorgestern maßgebend und entscheidend gewesen: Preußen wird nichts thun, was den Frieden irgendwie gefährden könnte, und wird die Verhandlungen mit den übrigen Mächten auf der Basis gegenseitiger Verständigung weiter führen, so daß sie nach wie vor in den Händen der Diplomatie bleiben. Die Union wird deshalb noch zu keinem Definitivum geführt werden, sondern man wird zuvörderst die allgemeinen deutschen und europäischen Zustände ordnen, und sie als einen kleineren Bund innerhalb derselben bestehen lassen; denn wohl zu bedenken, Preußen in seiner europäischen Stellung als Großmacht wird immer den Vorrang behaupten vor dem Preußen, welches in den deutschen Verhältnissen als Haupt der Union austritt, und dieses Bundeshaupt wird seine Beschlüsse und Entschlüsse stets nach seiner europäischen Stellung zu bemessen haben. — Nach der „N. Preuß. Ztg.“ wäre der Friede mit Dänemark bereits abgeschlossen. Dies Blatt meldet nämlich: Vorgestern in einer Konferenz (von 7 bis 12 Uhr Abends) im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten — welcher beizuwohnen der Minister Freiherr v. Schleinitz, der englische Gesandte, Graf Westmoreland, der übrigens allen vorangegangenen Verhandlungen, als der Bevollmächtigte der vermittelnden Macht, beigewohnt hat, der diesseitige Kommissarius, Hr. v. Uedom, und die dänischen Bevollmächtigten, die Herren v. Pechlin, v. Rheedz und v. Quaade — wurde das Instrument abgefaßt und unterschrieben,

ungünstigsten Constellationen hervorzutreten. Ueber uns schwebt das unlichtige und auf alle Fälle gerüstete Preßgesetz vom 30. Juni 1849; uns stehen ferner entgegen die zahlreichen Preßbeschränkungen, die aus den Ordonanzen vom 5. Juni hervorgehen; wir haben endlich zu kämpfen mit der Censur des Druckers, der durch die Ministerial-Verordnung vom 9. Juni zur Ausübung derselben gezwungen ist...

eine Weise, daß das über uns schwebende Demoklesschwert nicht auf unser Haupt herabfällt. Fragt nun Jemand, ob wir conservativ oder revolutionär, Männer des Fortschrittes oder der Reaction, Jesuiten oder Demokraten, Leute der Ordnung oder Nothe sein werden, so haben wir auf alle diese Fragen diesmal folgende Antwort: Eine große Bedeutung legen wir allen diesen Benennungen, die von der Parteilichenschaft so oft gemißbraucht werden, nicht bei; uns geht es nur um die Sache selbst und um ihre innere Wahrheit. Vor Allem und zuerst sind wir Polen. Eine Nation, deren freie geschichtliche Entwicklung gehemmt ist, fühlt in sich den natürlichen Instinkt, vor Allem die nationale und geschichtliche Grundlage zu erhalten, welche ihr unter den Füßen entzogen wird, und welche eine Lebensbedingung jeglicher Entwicklung ist.

Verantw. Redacteur: G. S. S. Violet.

Herr Mechanikus Seill hat sich bereit finden lassen, um auch der unbemittelten Jugend Zutritt in sein Kunstcabinet zu verschaffen, den Eintrittspreis für Schulclassen in Begleitung der Lehrer auf 6 Pf. pro Kind zu ermäßigen und sogar den durch die Lehrer als notorisch arm bezeichneten Kindern freien Zutritt zu gewähren. Möchte dieses uneigennütige, jugendfreundliche Bestreben des Herrn Seill, der Jugend eine Anschauung verschiedener Techniker, einen Begriff vom Bergbau und eine Verinnlichung der heiligen Geschichte zu gewähren, bei seinem nur noch kurzem Aufenthalte die reichste Anerkennung und Theilnahme finden. Ein Jugendfreund.

Angekommene Fremde.

Vom 4. Juli.

Sank's Hôtel de Rome: General-Maj. u. Ing.-Insp. v. Wangenheim u. Pr.-Lieut. u. Adjutant Diebler a. Berlin; Major im 2. Landw.-

Inf.-Reg. Graf Brühl a. Posen; Major im 18. Landw.-Regt. von Matris a. Karge; Frau Generalin v. Kuratowska a. Warschau; Frau Rechtsanwält Mittel a. Wągrowiec; Oberger. Assessor Moulleboff a. Münster; Gutsb. Delhas a. Czempin; Feuer-Versich.-Insp. Neumann a. Köln. Hôtel de Bavière: Frau v. Valentini a. Bromberg; Kanzlei-Direktor Pieper a. Conitz; Lieutenant Vech a. Samter; die Gutsb. v. Jarzewski a. Ofiel, v. Bojanowski a. Ostrowicko, Frau v. Ciszowska aus Plock.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Berliner Börse und Getreide-Markt vom 3. Juli 1850.

Table with multiple columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Actien, Inländische Fonds, Pfandbrief- und Geld-Course, Ausländische Fonds, and Berlin, 3. Juli. Includes various market data and exchange rates.

Sommer-Theater im Odeon. Freitag, den 5. Juli: Produktionen des Herrn Professor Becker im Gebiete der Magie und natürlichen Zauberei. — Diesem geht vor: Der Wirtzwar, Original-Lustspiel in 5 Akten von A. von Rogebue.

Innungs-Statuten in deutscher und polnischer Sprache, brochirt und mit Papier durchschossen, nebst dazu gehörigen Bemerkungen in deutscher und polnischer Sprache, ebenfalls brochirt, sind das Exemplar zu 5 1/2 Sgr. zu haben in der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co. in Posen.

Bekanntmachung. Am 17. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr soll vor dem Regierungs-Secretair Barnick in den Registratur-Lokalen der 3 Registratur-Abtheilungen eine bedeutende Quantität alter unbrauchbarer Akten und circa 6 Centner Formulare, erstere unter der Bedingung des Einstampfens, letztere zum beliebigen Gebrauch gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden, wozu Kauflustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die näheren Bedingungen im Licitations-Termin werden vorgelegt werden.

Der Verkauf beginnt übrigens zur oben angegebenen Stunde in dem Registratur-Lokale der I. Abtheilung und werden von etwa später Erscheinenden von 11 Uhr ab keine Nachgebote mehr angenommen. Posen, den 26. Juni 1850. Königl. Regierung.

Nothwendiger Verkauf. Das den Freischulz Karl und Louise Festschen Eheleuten gehörige, im Dorfe Nowen, Wągrowiecer Kreises sub No. 1 belegene Grundstück, abgeschätzt auf 13,780 Rthlr., zufolge der nebst

Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 9. September 1850 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Wągrowiec, den 3. Februar 1850. Königlich-Kreis-Gericht I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf. Königlich-Kreis-Gericht zu Breschen. Das den Adalbert Kurovskischen Eheleuten zugehörige Mühlengrundstück, abgeschätzt auf 17,212 Rthlr. 8 Sgr. 9 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 16. December 1850 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Breschen, den 19. April 1850.

Bekanntmachung. Der Drechsler Carl Friedrich Behnke und die Wittve Henriette Löschmann geborne Lüdtke zu Rudewitz, haben mittelst Ehevertrages vom 24. April 1850 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Schroda, den 3. Mai 1850. Königlich-Kreis-Gericht II. Abtheilung.

Bekanntmachung. Der Arbeitsmann Joseph Cieslak aus Witkowo und die Wittve Margaretha Przybył geborne Zamietel daselbst, haben mittelst Ehevertrages vom 29. April 1850 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Schroda, den 2. Mai 1850. Königlich-Kreis-Gericht II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf. Das im Wągrowiecer Kreise belegene, aus 1340 Morgen 41 □ Ruthen bestehende adlige Gut

Wysoka, landschaftlich abgeschätzt auf 34,619 Rthlr. 2 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 18. November 1850 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die dem Aufenthalte nach unbekannt gebliebenen Nepomucena von Skoraszewska wird hierzu öffentlich vorgeladen. Wągrowiec, den 2. April 1850. Königl. Kreis-Gericht I. Abtheilung.

Zeichenschule. Der Zeichenunterricht für die 25 Lehrburschen, für welche vom Wohlthät. Magistrat das Schulgeld bewilligt worden ist, wird nicht früher als am 1. October d. J. beginnen, bis zu welcher Zeit noch Meldungen angenommen werden. Posen, den 3. Juli 1850. R a s c h e, Maler und Zeichenlehrer an der Königl. Luisenschule.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, des Schreibens und Lesens kundig, kann sofort placirt werden in der Papier- und Glashandlung Peifer & Brandt, Breitestraße 20.

Ein Kellner-Lehrling wird verlangt im Hôtel de Dresde.

Ein Haus in Posen in der schönsten und belebtesten Straße belegen, und sich zu allen Geschäften, vorzüglich auch zur Gastwirthschaft, die Jahre lang daselbst betrieben worden, eignend, ist aus freier Hand zu verkaufen. Das Haus ist gegen 26,500 Rthlr. taxirt und wird eine Anzahlung von 4000 Rthlr. gefordert. Auf frankirte Anfragen wird Herr Kaufmann J. Aschheim, am Markte No. 52, wohnhaft, nähere Auskunft erteilen.

Eine Bäckerei ist von Michaeli c. zu vermieten St. Martin No. 35. bei Stieber.

Markt No. 89. ist im ersten Stock vornheraus eine fein gemalte möblirte Stube sofort zu vermieten. Näheres beim Eigenthümer daselbst.

Die beliebten Hamburger Morenita-Cigarren empfiehlt K e m a t, Wilhelm-Platz No. 13.

S. Kronthals Lager von in- und ausländischen Papier-Tapeten empfiehlt sich zur geneigten Beachtung.

Seiverkauf. Bei der Mühle am Kernwerk sollen Freitag am 5. dieses Monats Nachmittags 4 Uhr fünf Haufen gutes Heu an den Meistbietenden verkauft werden.

Rechtes Waschblau empfiehlt Adolph Billich, Breslauer Str. 30.

Freitag den 5. d. Mts. Schluß der ersten Ausstellung von Henry Desfort's Hund-Gemälden nebst dem Pleorama.

Es werden hiermit alle zur Posener Innung gehörenden Schornsteinfegermeister, wie auch alle bei denselben in Arbeit stehenden Gesellen eingeladen, sich den 15. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr auf dem hiesigen Rathhause einzufinden, um eine Prüfungskommission zur Prüfung der Schornsteinfeger-Lehrlinge zu erwählen. Posen, den 4. Juli 1850. Jerpanowicz, 1. Aeltermann. Fischbach, 2. Aeltermann.